

NIEDERSCHRIFT

über die **46. Sitzung** des **Bau- und Untweltausschusses** der Stadtverordnetenversammlung Oberursel (Taunus) in der Wahlzeit 2011/2016 am **Mittwoch**, dem **26.02.2014**, von **17:15 Uhr** bis **18:40 Uhr**, im Rathaus Oberursel (Taunus), - GroÙer Sitzungssaal -, Rathausplatz 1, 61440 Oberursel (Taunus) (no-go)

Anwesend:

Stadtverordnete:

CDU:

Bürgerl
Kettenhofen
Steffek
Reuter
Studanski

(Stellv. des Stadtv. WeiÙe)

SPD:

Dr. Winter
Niesel-Heinrichs
Cikar

BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN:

Böhme
Schwarz
Krahl

OBG:

Braun
Bernhardt

(Stellv. des Ruppel)

FDP:

VoÙ

Magistrat:

Bürgermeister Brum
Erster Stadtrat Fink
Stadtkämmerer Schorr

(SPD)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(CDU)

Ausländerbeirat:

Kalargali

Dr. Zenker

weitere Sitzungsteilnehmer:

Uhlig
Schlegel

(CDU)
(DIE LINKE)

Verwaltung:

Richter
Strobehn
Back
Gessner
Schnabel
Mülling
Rinker
Lingnau

Hecker

Büro der Gremien:

Noll

Ausschussvorsitzender Dr. Winter eröffnet die 46. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses in der Wahlzeit 2011/2016. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Mitteilungen des Magistrats

1.1 Bänke Adenauerallee (70)

Bürgermeister Brum nimmt Bezug auf TOP 7.1 der Niederschrift des BUA vom 22.01.2014 und berichtet, dass der Lenkungsausschuss die Bänke in der Adenauerallee ausgewählt und auch entschieden habe, dass die Hölzer sich mit einer natürlichen Patina überziehen sollen. Von daher sei dieser Zustand das Ergebnis der damaligen Entscheidung.

1.2 Vorentwurf sachlicher Teilplan Erneuerbarer Energien im Bereich des Regionalverbandes Frankfurt-RheinMain (61/65)

Erster Stadtrat Fink weist darauf hin, dass sich vom 24.02. bis 25.04.2014 alle Bürgerinnen und Bürger, Vertretern von Kommunen, Verbänden, potenzielle Investoren u.a. zum Vorentwurf des sachlichen Teilplans Erneuerbarer Energien im Bereich des Regionalverbandes Frankfurt-RheinMain äußern und an der Findung von Vorratsflächen für Windenergieanlagen beteiligen können. In dem vorliegenden Teilplan seien alle Vorratsgebiete gekennzeichnet, die nach einer umfangreichen Kriterienprüfung (z. B. Abstand zur Siedlungsfläche und zur Infrastrukturanlagen, Schutzgebiete, wie Kernzone Limes oder Schutzwald sowie Artenschutz) übrig geblieben seien.

Auf Oberurseler Stadtgebiet seien keine Vorratsflächen zu finden. In dem Teilplan würden aber auch Grundsätze für andere erneuerbarer Energien, sowie Solarenergie, Biomasse, Geothermie oder Wasserkraft ohne konkreten Flächenbezug formuliert.

Unter dem Link www.region-frankfurt.de/erneuerbarerenergien seien die Unterlagen zu finden.

Am 11.03.2014, um 18.00 Uhr, findet außerdem im Kreishaus des Hochtaunuskreises in Bad Homburg, Ludwig-Erhard-Anlage 1 - 5, eine Informationsveranstaltung statt.

Eine Beschlussvorlage für eine Stellungnahme der Stadt Oberursel werde für den nächsten Beschlussgang vorbereitet.

2. Bebauungsplanverfahren Nr. 19 „Neufeld“ – 1. Änderung
2.1 Beschluss des Entwurfes
2.2 Beschluss zur Durchführung des Verfahrens gem.
§ 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB);
Beschlussvorlage des Magistrats (61)

Ausschussvorsitzender Dr. Winter verlässt unter Hinweis auf § 25 HGO den Sitzungssaal.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Braun übernimmt die Sitzungsleitung.

Bürgermeister Brum verweist auf die Beschlussvorlage des Magistrats VL-19/2014 vom 03.02.2014 sowie darauf, dass der BUA die Angelegenheit in seiner Sitzung am 12.02.2014 vertagt habe.

Frau Schnabel erläutert vorgesehene Änderungen zu dem ursprünglichen Vorschlag - **Anlage** zur Niederschrift -.

Nach Abschluss der Aussprache stellt Stadtverordnete Niesel-Heinrichs für die SPD-Fraktion den nachstehenden **Änderungsantrag**:

- Die Lage der Bezugspunkte (in Metern über NN) an den Häusern der Theodor-Heuss-Straße soll so verändert werden, dass eine Verringerung der Gebäudehöhen um 1,50m erfolgt.

Die textlichen Festsetzungen unter Punkt 4 werden durch die nachfolgenden Formulierungen geändert:

- Das Unter- bzw. Kellergeschoss wird als Vollgeschoss festgelegt.
- Die Geschossfläche des höchstgelegenen Geschosses, in dem ein Aufenthaltsraum vorhanden oder möglich ist, darf höchstens drei Viertel (75%) der Geschossfläche des darunterliegenden Geschosses betragen und für die Häuser an der Theodor-Heuss-Straße muss die talseitige Fassade jeweils um 3.00 m zurück versetzt werden, für das Haus an der Brüder-Grimm-Straße muss die straßenseitige Fassade um 3.00 m zurück versetzt werden.
- In die Legende des Bebauungsplanentwurfs wird der Gebäudeschnitt aufgenommen.
- Die vorhandenen Geländehöhen werden in den Bebauungsplanentwurf als Information aufgenommen.

Abstimmungsergebnis

zum Änderungsantrag :	12 Ja-Stimmen	-	CDU (5), SPD (3), BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN (2), OBG (2)
	2 Stimmenthaltungen	-	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (1), FDP (1)

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende lässt sodann in der sich durch den Änderungsantrag ergebenden Fassung der Magistratsvorlage in getrennten Abstimmungen zu den Punkten 2.1 bis 2.2 abstimmen:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

1. Beschluss des Entwurfes

Dem Bebauungsplanverfahren Nr. 19 „Neufeld“ – 1. Änderung wird der Entwurf in der Fassung vom 22.01.2014 einschließlich der Textfestsetzungen und der Begründung zu Grunde gelegt, wie in der Anlage zur **Original**vorlage aufgeführt.

2. Beschluss zur Durchführung des Verfahrens gem. § 3 (2) und § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB)

Der Magistrat wird beauftragt, das Verfahren gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 19 „Neufeld“ – 1. Änderung wird für die Dauer von einem Monat im Rathaus ausgelegt. Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden gem. § 4 a Abs. 2 BauGB werden gleichzeitig durchgeführt.

Abstimmungsergebnis

in getrennten Abstimmungen

zu 2.1:

12 Ja-Stimmen

-

CDU (5), SPD (3), BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN (2), OBG (2)

2 Stimmenthaltungen

-

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (1),
FDP (1)

zu 2.2:

13 Ja-Stimmen

-

CDU (5), SPD (3), BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN (3), OBG (2)

1 Stimmenthaltung

-

FDP

Ausschussvorsitzender Dr. Winter nimmt wieder an der Sitzung teil und übernimmt die Sitzungsleitung.

**3. DOSSIER 2014 Die Altlast in der Eppsteiner Straße in Oberursel;
Beschluss F) 1 StvV 06.02.2014;
weiteres Vorgehen (65/61)**

Ausschussvorsitzender Dr. Winter verweist auf den Stadtverordnetenbeschluss F) 1 StvV vom 06.02.2014, wonach

die Stadtverordnetenversammlung feststellt, dass die in dem „Dossier 2014 Die Altlast in der Eppsteiner Straße in Oberursel“ des BUND erhobenen Vorwürfe sehr schwerwiegend sind und im öffentlichen Interesse einer Überprüfung bedürfen.

Der Magistrat wird daher aufgefordert, in einer zeitnahen Sondersitzung des Bau- und Umweltausschusses umfassend über Ursachen, Entwicklung und gegenwärtigen Sachstand der Sanierung zu informieren und im Einzelnen zu den Vorwürfen Stellung zu beziehen. Zu der Sondersitzung sind auch die beteiligten Fachbehörden, wissenschaftlichen Institute und Ingenieure einzuladen.

Die von der Sanierung Betroffenen sowie die Verfasser des Dossiers sollen ebenfalls gehört werden. Den Bürgern soll im Rahmen der Bürgerfragestunde Gelegenheit gegeben werden, Fragen zu stellen.

Der Bau- und Umweltausschuss soll der Stadtverordnetenversammlung einen zusammenfassenden Bericht mit Schlussfolgerungen zur Beschlussfassung vorlegen.

Stadtverordneter Bürgel gibt einige Fragen und Forderungen der CDU-Fraktion zum weiteren Vorgehen betr. Altlasten Eppsteiner Straße/DOSSIER 2014 BUND zu Protokoll - **Anlage** zur Niederschrift -.

Erster Stadtrat Fink bietet den Fraktionsvertretern an, die in Frage kommenden bzw. interessanten Dokumente in dieser Angelegenheit zusammenzustellen und den Fraktionen die Möglichkeit einer Einsichtnahme einzuräumen.

Stadtverordneter Böhme bittet die Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung zu stellen oder ebenfalls Akteneinsicht einzuräumen.

Nach Abschluss der Aussprache fasst Ausschussvorsitzender Dr. Winter das Ergebnis dahingehend zusammen, dass den Fraktionen bei Interesse die Möglichkeit einer Akteneinsicht bis 14.03.2014 eingeräumt werden könne. Die Angelegenheit solle im nächsten regulären Bau- und Umweltausschuss am 26.03.2014 erneut aufgerufen werden, um das weitere Verfahren festzulegen. Sollten durch Akteneinsicht oder andere Erkenntnisse bereits Fragen entstehen, werde gebeten, diese dem Büro der Gremien zuzuleiten, damit diese zur Sitzung am 26.03.2014 beantwortet werden können.

Zu diesem Verfahren besteht Einvernehmen.

- **TOP BUA 26.03.2014**

4. Städtisches Ehrenmal an der Christuskirche; Magistratsinformation zum Beschluss F) 2 StvV vom 21.03.2013 (61)

Ausschussvorsitzender Dr. Winter verweist auf den Stadtverordnetenbeschluss F) 2 StvV vom 21.03.2013, wonach

der Magistrat gebeten wurde, bis zur Fertigstellung regelmäßig im Bau- und Umweltausschuss einen Bericht über den Fortgang der Restaurierungsarbeiten am Ehrenmal an der Christuskirche zu erstatten.

Bürgermeister Brum führt aus, dass nach aktueller Auskunft der Restauratorenfirma Steyer von den 20 Mosaiksegmenten 17 bearbeitet seien. An den besonders stark zerbröckelten Teilen werde noch gearbeitet.

Die Mosaiksegmente sollen „ringweise“ an der Säule in Mörteltechnik angebracht werden (insgesamt 5 Ringe). Auf jeden Ring entfallen 4 Segmente. Alle Segmente würden in der Werkstatt probeweise aufgestellt, um sicherzustellen, dass es keine Abweichungen von der Rundung des Säulenschaftes und von dem jeweils oberen bzw. unteren Ring gebe.

Um die durchgehende Oberfläche zu dem an der Säule verbliebenen Mosaik zu gewährleisten, müsse beim Wiederanbringen mit dem oberen Ring begonnen werden. Dies könne, wenn die Witterungsverhältnisse stabil bleiben (kein Regen, kein Frost, milde Temperaturen) ab der zweiten Märzwoche erfolgen. Eine Abbindezeit für den Mörtel von ca. 8 Tagen sei erforderlich, bevor der nächste Ring abgebracht werden könne. Für die Zeit, in der der Mörtel noch nicht das volle Gewicht des Segmentes tragen könne, sei eine Hilfsunterstützung an der Säule erforderlich.

5. Anfragen und Hinweise

5.1 Verkehrsführung im Bereich Kreuzung Bäreneck (65/61)

Stadtverordneter Kettenhofen weist darauf hin, dass bei dem jetzigen Fortgang der Bauarbeiten am Bäreneck zu erkennen sei, dass die geplante Verkehrsführung ggf. Probleme bereiten könne und aus seiner Sicht diese nicht vorstellbar sei. Er bittet daher in der nächsten BUA-Sitzung die geplante Verkehrsführung, insbesondere für den Bus und Taxiverkehr, darzustellen.

Bürgermeister Brum sagt dies zu.

- **TOP BUA 26.03.2014**

Mit dem Hinweis auf den Termin für die **47. Sitzung** des **Bau- und Umweltausschusses** am
Mittwoch, dem 26.03.2014, 17.30 Uhr

schließt Ausschussvorsitzender Dr. Winter die Sitzung.

AUSSCHUSSVORSITZENDER

STELLV.
AUSSCHUSSVORSITZENDER
(zu TOP 2)

SCHRIFTFÜHRER

Dr. Eggert Winter

Georg Braun

Michael Noll

An 01 über Dez. I

26.02.2014

Information an den Magistrat und Bau- und Umweltausschuss

Bebauungsplan Nr. 19 Neufeld 1. Änderung

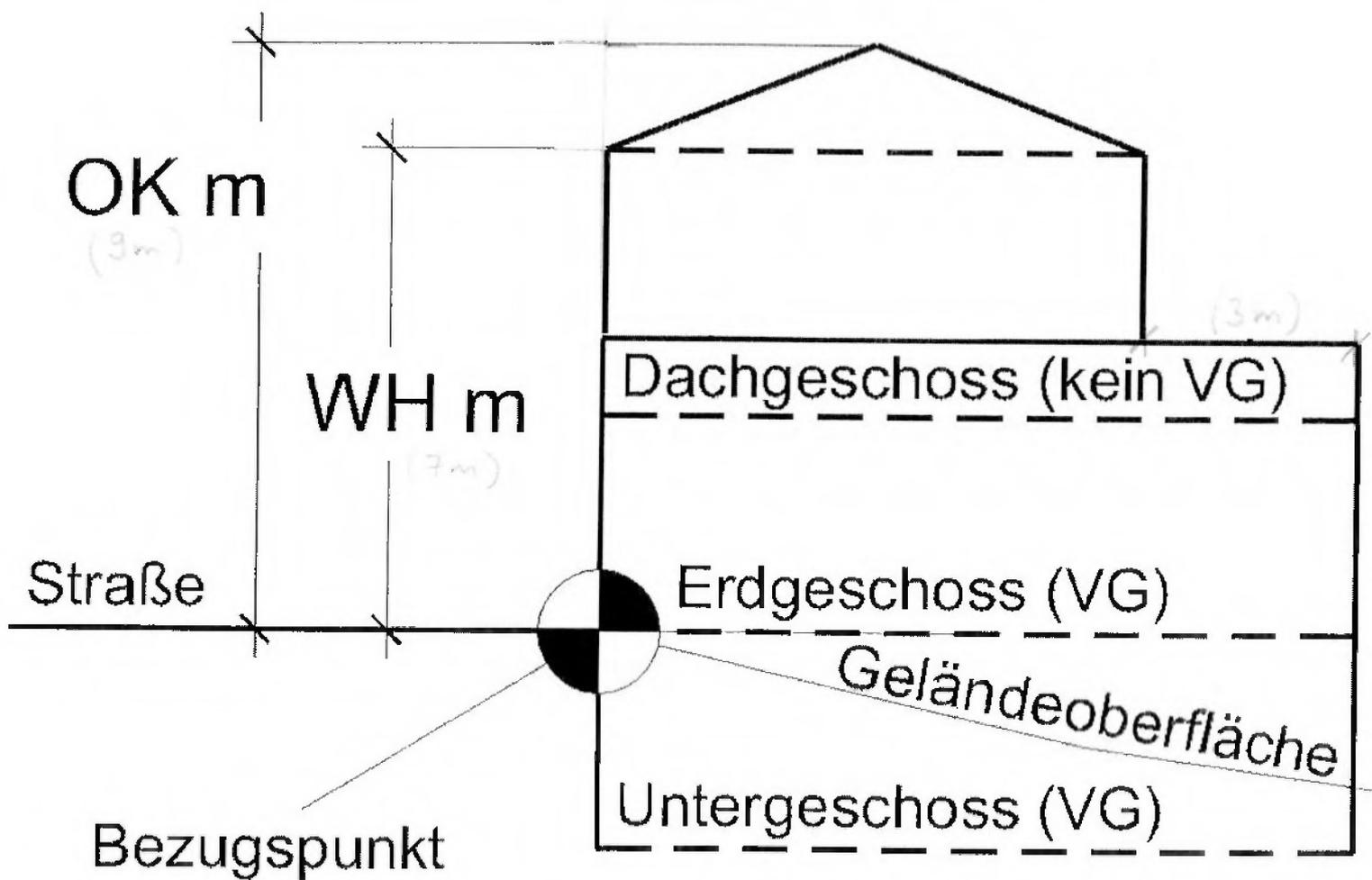
Die möglichen Gebäudehöhen an den geplanten Häusern wurden überprüft und folgende Änderungen wurden im Bebauungsplanentwurf vorgenommen:

- Die Lage der Bezugspunkte (in Metern über NN) an den Häusern der Theodor-Heuss-Straße wird verändert, so dass eine Verringerung der Gebäudehöhen um 1,50m erfolgt.

Die textlichen Festsetzungen unter Punkt 4 werden durch die nachfolgenden Formulierungen geändert:

- Das Unter- bzw. Kellergeschoss wird als Vollgeschoss festgelegt.
- Die Geschossfläche des höchstgelegenen Geschosses, in dem ein Aufenthaltsraum vorhanden oder möglich ist, darf höchstens drei Viertel (75%) der Geschossfläche des darunterliegenden Geschosses betragen und für die Häuser an der Theodor-Heuss-Straße muss die talseitige Fassade jeweils um 3.00 m zurück versetzt werden, für das Haus an der Brüder-Grimm-Straße muss die straßenseitige Fassade um 3.00 m zurück versetzt werden.
- In die Legende des Bebauungsplanentwurfs wird der Gebäudeschnitt aufgenommen.
- Die vorhandenen Geländehöhen werden in den Bebauungsplanentwurf als Information aufgenommen.

Systemschnitt



Fragen / Forderungen der CDU-Fraktion zum weiteren Vorgehen betr. Altlasten Eppsteiner Straße / Dossier BUND

Die Sitzung des BUA am 18.02.2014 war inhaltlich äußerst informativ. Zahlreiche Fragen konnten beantwortet und der Vorwurf des BUND, es gebe ein „Kartell des Schweigens“, entkräftet werden.

Dies vorausgeschickt, sind aus Sicht der CDU-Fraktion, gegenwärtig die folgenden, noch offenen Punkte, zu klären:

- Vorlage der von Frau Meise-Goll (Bauleiterin der HPC AG) in der BUA-Sitzung am 18.02.2014 erwähnten „bestimmte 20 Fax“, die im Rahmen von Verstößen gegen den Arbeitsschutz von ihr an die beauftragte Brunnenbaufirma geschickt wurden
 - o Wann wurde der Magistrat über die Verstöße in Kenntnis gesetzt und wie hat der Magistrat reagiert?
 - o Wann wurde das Regierungspräsidium Darmstadt in Kenntnis gesetzt und wie hat das RP Darmstadt reagiert?
- Vorlage der ebenfalls von Frau Meise-Goll erwähnten Zertifizierung, aus der hervorgeht, dass die beauftragte Brunnenbaufirma die Maßnahme durchführen durfte
- Erläuterung des weiteren Vorgehens des Magistrats hinsichtlich des noch ausstehenden Entsorgungsnachweises für die Bohrkerne
- Vorlage aller Informationsschreiben in der Angelegenheit an die Anwohner / Eigentümer der Eppsteiner Straße mit dem jeweiligen Verteilerkreis
- Zur Klärung des noch im Raum stehenden Vorwurfs der nicht korrekt durchgeführten Raumluft-Messungen:
Beauftragung eines unabhängigen Gutachters zur Durchführung der Messungen und Vorlage der Messergebnisse - aktuell - bzw. parallel -